



Die Glocke

Führende Heimatzeitung im Herzen Westfalens



Nr. 273 · 47. W. · 140. Jahrgang
Samstag, 21. November 2020

Einzelpreis 2,15 Euro
Verlag E. Holterdorf, 59302 Oelde

Coronavirus-Pandemie

Nordrhein-Westfalen

Wirkungsvolle Kurzarbeit

Berlin (dpa). Für Kurzarbeit sind in der Corona-Krise nach Angaben von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bisher 18 Milliarden Euro ausgegeben worden. Das Instrument sei „sehr, sehr teuer“, sagte der SPD-Politiker am Freitag

im Bundestag. „Aber die Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit wäre für dieses Land ungemein teuer“, fügte er hinzu. Der Bundestag hat die Sonderregeln für Kurzarbeit am Freitag bis Ende 2021 verlängert. **Wirtschaft**

Hersteller melden Zulassung für Impfstoff an

New York/Mainz/Berlin (dpa). Großer Schritt auf dem Weg zum sehnüchlich erwarteten Wirkstoff gegen eine Corona-Infektion: Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer haben bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragen, wie Pfizer am Freitag bei Twitter mitteilte.

Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. „Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten“, sagte eine Sprecherin von Biontech in Mainz. Falls der Wirkstoff zugelassen werde, könnten besonders gefährdete Menschen in den USA Mitte bis Ende Dezember mit dem Impfstoff versorgt werden.

Biontech-Vorstandschef und Mitgründer Ugur Sahin sprach von einem „entscheidenden Schritt, um unseren Impfstoff-

kandidaten so schnell wie möglich der Weltbevölkerung zur Verfügung zu stellen“.

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Deutschland hat derweil einen neuen Höchststand erreicht. Am Freitag meldeten die Gesundheitsämter dem Robert-Koch-Institut 23 648 neue Corona-Infektionen binnen 24 Stunden. Im Vergleich zum Vortag stieg die Zahl der neu gemeldeten Fälle damit um gut 1000. Der bisherige Spitzenwert war mit 23 542 verzeichneten Fällen am Freitag vor einer Woche registriert worden.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) will aufgrund der anhaltend hohen Zahlen nächste Woche bei den Bund-Länder-Gesprächen zur Corona-Krise für scharfe Kontaktbeschränkungen werben. „Eine Familie darf sich nur noch mit zwei weiteren Personen aus einem anderen Hausstand treffen“, sagte Laschet. Das sei sein Vorschlag für die Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). **Zeitgeschehen**



Abgestorbene Fichten stehen im Königsforst bei Bergisch Gladbach an einem Hang. Im dritten Jahr in Folge haben die Wälder in Nordrhein-Westfalen unter extremer Trockenheit und dem Befall durch den Borkenkäfer gelitten. Vor allem die Fichte ist betroffen. Foto: dpa

Wald geht es immer schlechter

Düsseldorf (Inw). Der Zustand der Wälder in Nordrhein-Westfalen hat sich in diesem Jahr nach Angaben von Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) nach der dritten Sommerdürre in Folge, der massenhaften Vermehrung

des Borkenkäfers und Sturmfolgen weiter verschlechtert. Der Anteil der Bäume mit einer deutlichen Kronenverlichtung sei von 42 Prozent im Jahr 2019 auf jetzt 44 Prozent gestiegen, sagte sie am Freitag bei der Vorstellung des

neuen Waldzustandsberichts. Dabei handele es sich um den höchsten Wert seit dem Beginn der Erhebungen 1984. Am stärksten betroffen sei in Nordrhein-Westfalen die weit verbreitete Fichte. **Zeitgeschehen**

Bevölkerung

Ballungsräume wachsen langsamer

Frankfurt/Main (dpa). Die Bevölkerung in Deutschland wird bis 2035 gerade in den Ballungsräumen wachsen – wenn auch nicht mehr so stark. Die Corona-Krise dämpfe die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte in die Großstädte, heißt es in einer Vorhersage des Gewos Instituts für Stadt-, Regional- und Wohnforschung. Auch wanderten Menschen in das Umland ab, etwa junge Familien. Ökonomisch leistungsfähige Regionen werden weiter wachsen – darunter Münster.

Sauerland

Sorgenfalten vor Ski-Saison

Winterberg (Inw). Kaum Schnee und die Corona-Einschränkungen führen dazu, dass die Wintersportregion im Sauerland auf eine unklare Zukunft blickt. Die Betreiber setzen in dieser Saison auf Langlauf als Alternative. **Westfalen**

75 Jahre Nürnberger Prozesse



Bei einem Festakt hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Freitag die Nürnberger Prozesse gegen führende Nationalsozialisten als maßgebend für die heutige internationale Strafgerichtsbarkeit gewürdigt. Ohne diese Verfahren gäbe es den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nicht, sagte er. Genau vor 75 Jahren, am 20. November 1945, mussten sich führende Nazis und damit erstmals in der Geschichte Vertreter eines Unrechtsregimes vor Gericht verantworten. Foto: dpa

Schutztrieb nicht stark genug

Rottweiler Magnus zu lieb für die Verbrecherjagd

Osnabrück (dpa). Wieder hat es ein zu lieber Rottweiler nicht in den Polizeidienst geschafft. „Die Ausbildung von Magnus wurde beendet, weil er einen wichtigen Zwischentest nicht bestanden hat“, sagte ein Sprecher der Polizeidirektion Osnabrück.

Der natürliche Schutztrieb sei nicht ausgeprägt genug. Im Ernst-

fall eines Einsatzes wäre das Tier wohl einfach zu lieb. Der Hundeführer würde Gefahr laufen, dass sich Magnus eher hinter ihm versteckt als sich schützend vor ihn zu stellen, sagte der Polizeisprecher. Nach etwa ein- und einhalb Jahren sei die Ausbildung im September beendet worden. Die Direktion hatte in sozialen Netz-

werken über das Karriereende von Magnus als Polizeihund informiert. Der Rottweiler ist nun bei einem privaten Züchter, der im Hundesport aktiv ist.

Erst vor wenigen Wochen hatte die Polizei Bremerhaven die Ausbildung ihres Nachwuchshundes Balou abbrechen müssen. Auch dieser Rottweiler erwies sich als

ungeeignet für den Job und sei eher ein richtiger Familienhund.

Polizeihunde dürfen im Dienst als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt eingesetzt werden. Laut Zentralem Diensthundwesen können sie bei Tätersuchen, Personenkontrollen und Demonstrationen helfen und bei Bedarf mit vollem Körpereinsatz zur Seite stehen.

Nach Störungen

AfD im Bundestag steht unter Druck

Berlin (dpa). Nach der Belästigung von Politikern im Bundestag durch Besucher haben sich die anderen Fraktionen geschlossen gegen die AfD gestellt. In einer Aktuelle Stunde brandmarkten Union, SPD, FDP, Grüne und Linke die Rechtspopulisten als „Demokratiefeinde“. Drei Abgeordnete der AfD – darunter Udo Hemmelgarn aus Harsewinkel (Kreis Gütersloh) – hatten die Störer am Mittwoch in den Bundestag eingeladen.

Fraktionschef Alexander Gauland nannte das Verhalten der Besucher zwar „unzivilisiert“ und entschuldigte sich dafür. Dies wer-

teten die anderen Fraktionen aber als „Heuchelei“. „Was wir am Mittwoch erleben mussten, ist nicht weniger als ein Angriff auf das freie Mandat und ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie“, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer. Die Vorfälle seien nicht plötzlich passiert, sondern „der Tiefpunkt einer dauerhaften Strategie der AfD“.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hatte zuvor betont, dass den Beteiligten juristische Konsequenzen drohen könnten. **Kommentar/Politik**

Große regionale Unterschiede

Armutsquote steigt an

Berlin (dpa). Armut ist in Deutschland auf einem Höchststand – mit weiterhin deutlichen regionalen Unterschieden –, und sie könnte durch die Corona-Krise weiter wachsen. Das geht aus dem „Armutsbericht“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hervor. Der Verband analysiert Daten des Statistischen Bundesamtes. Die Armutsquote war im vergangenen Jahr auf 15,9 Prozent gestiegen. Es handele sich um die „größte gemessene Armut seit der Wiedervereinigung“, heißt es im Bericht. 2018 lag

die Quote noch bei 15,5 Prozent.

Regional zeigen sich deutliche Unterschiede: Im Süden Deutschlands liegen die Regionen mit den niedrigsten Armutsquoten. Das sind München mit einer Armutsquote von 8,7 Prozent und die Region Oberland mit 9,4 Prozent. Die meiste Armut gemessen an der Einwohnerzahl gibt es demnach in und um Bremerhaven (26,4) und Bremen (24,5). „Armutspolitische Problemregion Nummer 1“ sei dennoch das Ruhrgebiet (21,4) mit seiner hohen Bevölkerungsdichte.

Echo der Heimat

Höhere Gebühren für Entsorgung

Auf 50,94 Euro pro Kubikmeter soll die Entsorgung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen in Ennigerloh im Jahr 2021 steigen. Diese Anpassung haben die Mitglieder des Ausschusses Eigenbetriebe dem Rat empfohlen. **► Ennigerloh**

FBS stellt Programm vor

Ihr Programm für 2021 veröffentlicht die FBS am kommenden Montag. Darin finden sich viele neue Angebote. „Das Coronavirus konnte den Ideenreichtum im Team nicht kleinriegen“, schreibt die FBS. **► Oelde**

Zugang zu Arznei soll gerecht sein

Im „Glocke“-Interview spricht VHS-Referent Prof. Thomas Pogge darüber, wie Corona-Impfstoffe gerecht verteilt werden können. Er setzt sich für einen weltweit gerechten Zugang zu neuen Medikamenten ein. **► Oelde**

NRW



Ab kommendem Jahr testet die Polizei in NRW den Einsatz von Elektroschockpistolen, auch Taser genannt. Foto: dpa

Taser-Test in vier Polizeibehörden

Düsseldorf (Inw). Vier Dienststellen der NRW-Polizei sollen ab Anfang 2021 in einem Pilotprojekt mit Tasern ausgestattet werden. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur werden sie das neueste Modell der Firma Axon („Taser 7“) bekommen, um es im polizeilichen Alltag zu testen. Das Projekt soll bis März 2022 laufen. Danach soll geprüft werden, ob die Geräte flächendeckend eingesetzt werden – oder weiter nur von Spezialeinsatzkommandos. Die Taser sollen in den Polizeibehörden Düsseldorf, Gelsenkirchen und Dortmund sowie bei der Polizei im Rhein-Erft-Kreis getestet werden.

Online-Umfrage

www.die-glocke.de

Aktuelle Frage

Soll Joachim Löw weiterhin Fußball-Bundestrainer bleiben?

Letzte Frage

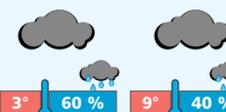
Soll die Haltung von Wildtieren in Zirkussen verboten werden?

Ja 76,5 %
Nein 23,5 %
(463 Stimmen abgegeben)



Wetter

Morgens Mittags



Abends Nachts

